LZ-Rheinland

Artikel vom 03.11.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 19:52 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/vision-fuer-den-laendlichen-raum

Vision für den ländlichen Raum



Foto: imago/Westend61

Die Agrarpolitiker im Europaparlament sehen den ländlichen Raum in der Europäischen Union offenbar bedroht. Sie mahnten vergangene Woche sofortige Unterstützungsmaßnahmen und zusätzliche Finanzmittel für die ländlichen Gebiete an. Ziel müsse es sein, die zahlreichen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die betreffenden Gemeinden konfrontiert seien, heißt es in einem Entschließungsentwurf, der am Dienstag vergangener Woche mit großer Mehrheit im Landwirtschaftsausschuss angenommen wurde. Dabei drängen die Agrarpolitiker auch auf eine langfristige Vision für die ländlichen Regionen für den Zeitraum bis 2040.

Sie betonen in dem Resolutionsentwurf, dass die Krisen im Zusammenhang mit der Coronapandemie und dem russischen Krieg in der Ukraine gezeigt hätten, wie wichtig diese Gebiete für die Ernährungssicherheit in Europa seien. Ferner geht es dem Landwirtschaftsausschuss um die Bewahrung des ländlichen Erbes, die Förderung des Naturschutzes und den Erhalt von Landschaften für die Freizeitgestaltung. Beklagt wird, dass der ländliche Raum von demografischem Wandel, Armut sowie einem Mangel an Arbeitsplätzen und hochwertigen Dienstleistungen betroffen sei. Hinzu kämen Nachteile bei der Gesundheitsversorgung und Bildung sowie bei der Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur.

Die EU-Agrarpolitiker fordern daher öffentliche Investitionen unter anderem in die Infrastruktur und die Breitbandversorgung. Dazu seien die EU-Fonds und -Politiken besser

abzustimmen beziehungsweise zu nutzen. Die Kommission wird in dem Entwurf aufgefordert, einen Mechanismus zu entwickeln, um den Beitrag der verschiedenen EU-Fonds für die ländlichen Gebiete zu bewerten. Für die Zukunft schlagen die Abgeordneten eine spezielle Finanzierung für dieselben vor. Zu diesem Zweck sollte die Kommission eine Studie über die Möglichkeit in Auftrag geben, einen Teil der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds speziell für den ländlichen Raum zu verwenden. Das Parlament wird über den Entschließungsentwurf voraussichtlich im Dezember abstimmen. *AgE*